



Wahlprogramm zur Hochschulwahl 2024

Präambel

Als Liberale steht für uns die Freiheit des Individuums an erster Stelle. Jeder Mensch, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seiner finanziellen Möglichkeiten oder seiner sexuellen Orientierung, soll alleine aufgrund seiner Fähigkeiten die Chance haben, sich im Studiengang seiner Wahl zu verwirklichen. Wir stehen für eine pragmatische Hochschulpolitik, die die Interessen der Studierenden im Blick hat und nicht blind eigene ideologische Ziele verfolgt.

Mehr Individualität im Studium

- **Freies Studieren ohne Anwesenheitspflicht:** Obwohl eine Anwesenheitspflicht bei Lehrveranstaltungen laut Landeshochschulgesetz nicht besteht und in Prüfungsordnungen nur festgelegt werden kann, soweit dies im Hinblick auf Art und Inhalt der Lehrveranstaltung erforderlich ist, versuchen viele Dozierende diese über Anwesenheitslisten oder andere Methoden durchzusetzen. Wir als Liberale Hochschulgruppe (LHG) stellen uns hinter die Idee des freien Studierens und fordern die Universität dazu auf, solche Praktiken zu unterbinden. Alle Studierenden können für sich selbst entscheiden, welche Teile einer Veranstaltung sie besuchen wollen und wie sie ihre Zeit für sich einteilen wollen. Es liegt in der Eigenverantwortung des Einzelnen, wie man sich auf seine Studienleistungen vorbereitet. Dies regulieren zu wollen, halten wir für den falschen Schritt.
- **Ärztliche Expertise ernst nehmen:** Wenn man aus Krankheitsgründen eine Prüfung nicht antreten kann, muss ein ärztliches Attest abgegeben werden. Allerdings wird dann gesondert entschieden, ob diese ärztliche Beurteilung anerkannt wird. Wir als LHG halten dieses Erheben von fachfremden Einschätzungen über medizinische Expertise für anmaßend. Deshalb fordern wir, dass ein ärztliches Attest (je nach Prüfungsordnung ggf. ein amtsärztliches Attest) allein ausreichend ist, um als entschuldigt zu gelten.

- **Flexiblere Eigenplanung beim Stundenplan:** Vor der Bologna-Reform war es für jeden Studierenden möglich, für seinen Stundenplan auch fachfremde Veranstaltungen mit Bezug auf seinen eigenen Fachbereich anrechnen zu lassen. Das verbesserte die individuellen Planungsmöglichkeiten und sorgte für Austausch zwischen den Fachbereichen. Wir als LHG wollen daher das starre Modul- und Fächersystem aufweichen, sodass man individuell Veranstaltungen für sein Modul anrechnen lassen kann.
- **Wissenschaftsfreiheit:** Für uns als LHG ist es wichtig, dass der wissenschaftliche Betrieb frei von äußerlichen und vor allem politischen Einflüssen ist. Dies soll für die wissenschaftliche Arbeit im Allgemeinen, aber auch die studentische Teilhabe an der Wissenschaft im Besonderen gelten. Gerade beim Thema der geschlechtergerechten Sprache wird die freie Forschungsarbeit der Studierenden eingeschränkt. Aus diesem Grund setzen wir uns für freiwilliges Gendern in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten ein. Die Verwendung bzw. Nichtanwendung von geschlechtergerechter Sprache darf keinen Einfluss auf die Bewertung haben. Wir sehen auch eine politische Teleologie von Wissenschaft kritisch, weswegen wir das in Schnellroda ansässige „Institut für Staatspolitik“ scharf verurteilen.

Digitalisierung

- **WLAN für alle:** Für uns stellt ein gut ausgebauter und flächendeckender Internetzugang eine essenzielle Grundlage für das moderne Lernen und Studieren dar. Aufgrund dessen fordern wir WLAN-Ausbau auf dem gesamten Unigelände. Es gibt einige Räume, in denen es keinen WLAN-Empfang gibt, was die Teilnahme an Veranstaltungen in ebenjenen Räumen erschwert. Dazu fordern wir ein leistungsstarkes und schnelles Internet, sodass optimale Bedingungen für das digitale Studieren geschaffen werden. Dazu zählt auch ein flächendeckendes WLAN in allen Mensen.
- **Ausbau und Digitalisierung von Bezahlungsmöglichkeiten:** Um für alle Studierenden das Bezahlen in der Universität weiter zu vereinfachen, fordern wir, dass man über die Löwenapp per Onlinebezahlung die Studierendekarte aufwerten kann.
- **Verfügbarkeit von Lehrveranstaltungen bei StudIP:** Damit Studierende stets in der Lage sind, ihre Lehrveranstaltungen zu organisieren, fordern wir, dass Dozierende dazu verpflichtet werden, ihre Veranstaltungen auf Opencast hochzuladen. Zudem fordern wir, dass Dozierende Vorlesungen aufzeichnen und hochladen müssen, da es des Öfteren vorkommt, dass sich Lehrveranstaltungen überschneiden. Sofern es technisch möglich ist, sollen Vorlesungen auch live gestreamt werden.

- **Digitale Wahlen erhalten:** Vonseiten einer Hochschulgruppe kam es erneut zu Kritik am Format der digitalen Hochschulwahlen. Digitale Wahlen haben jedoch den Vorteil, dass sie wesentlich barrierefreier sind als Präsenzwahlen und zudem mit einem geringeren Organisationsaufwand verbunden sind. Gerade aufgrund der geringen Wahlbeteiligung wäre es unvernünftig, noch mehr Hürden zum Wählen aufzubauen. Wir fordern daher, dass die digitalen Wahlen auch für die Zukunft erhalten bleiben.

Flexiblere und offenere Uniangebote

- **Mehr offene Freiräume für Studierende:** Der studentisch selbstverwaltete Raum (SSR) am Steintorcampus stellt einen wichtigen Freiraum für die Studierenden dar. Dort hat man einen Treffpunkt zum Lernen, einen Ruheort und Möglichkeiten für Studierende mit Kind. Wir als LHG fordern die Errichtung weiterer solcher Freiräume an anderen Standorten der Universität mit Öffnungszeiten bis 22:00 Uhr.
- **Bibliotheksöffnungszeiten:** Seit Beginn dieses Sommersemesters haben sowohl die Bibliothek im Juridicum als auch die Steintor-Bibliothek bis Mitternacht geöffnet. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber aus unserer Sicht nicht ausreichend. Wir fordern, dass auch zu früheren und späteren Stunden nachtproduktive Studierende die Möglichkeit haben, zu den von ihnen als angenehm empfundenen Zeiten zu lernen. Das Juridicum ist aufgrund der zentralen Lage als Standort für eine länger geöffnete Bibliothek besonders gut geeignet. Wir fordern die Universität dazu auf, entsprechende Vorkehrungen mit der ULB zu verhandeln.
- **Längere Öffnungszeiten der Mensen sowie Snacks & Getränke:** Wir fordern längere Öffnungszeiten der Mensen und die Wiedereinführung von Abendessen. Dies ermöglicht den Studierenden auch zu späteren Uhrzeiten zu essen und so den Studiumsalltag freier zu gestalten. Außerdem ist die Verlängerung der Öffnungszeiten auch eine Maßnahme gegen die überfüllten Mensen. Insbesondere so lange die Harzmensa nicht bzw. nicht vollumfänglich nutzbar ist. Dazu fordern wir Getränk- und Snack-Automaten mit studifreundlichen Preisen in unmittelbarer Nähe zu Bibliotheken oder anderen Lernorten.

Mobilität und studentisches Wohnen

- **Urabstimmung zum Deutschland-Semesterticket:** Parallel zur Hochschulwahl findet eine Urabstimmung zum Deutschlandsemesterticket statt. Mit diesem könnt ihr deutschlandweit für 29,40 € den ÖPNV nutzen. Damit ist das Deutschlandsemesterticket monatlich sogar minimal günstiger als das alternative Semesterticket für das MDV-Gebiet, das noch im letzten Wintersemester galt und im Falle einer Ablehnung des Deutschlandsemestertickets in der Urabstimmung wieder gültig wäre. Da das Deutschlandsemesterticket für einen günstigeren Preis einen deutlich größeren Umfang bietet, sprechen wir uns für dieses Ticket aus. Sobald der momentan ruhende Vertrag für das MDV-Semesterticket ausläuft, fordern wir eine neue Urabstimmung über ein verpflichtendes Semesterticket.
- **ÖPNV Richtung Heide- und Weinbergcampus verbessern:** Die öffentlichen Verkehrsmittel, die das Stadtzentrum mit dem Heide- und Weinbergcampus, dem Uniklinikum und den Wohnheimen verbinden, sind insbesondere zu den Stoßzeiten stark ausgelastet. Daher fordern wir mehr Straßenbahnen auf dieser Linie einzusetzen und den Busverkehr effizienter zu gestalten.
- **Studentisches Wohnen:** Im April 2023 wurden die Mieten in den studentischen Wohnheimen stark erhöht. Diese Mieterhöhung hat die dort wohnenden Studierenden hart getroffen. Für uns ist klar, dass sich solche drastischen Mieterhöhungen nicht wiederholen dürfen. Studentische Wohnheime müssen die günstigste Möglichkeit zu wohnen bleiben.

Die Bundesregierung stellt mit dem Programm „Junges Wohnen“ den Ländern 500 Mio. Euro für Wohnheimplätze von Studierenden und Auszubildenden zur Verfügung. Sachsen-Anhalt erhält ca. 13,5 Mio. Euro, wovon ein großer Teil auch dem studentischen Wohnen in Halle zur Verfügung steht. Wir fordern, dass die Mittel den Studentenwerken zügig zur Verfügung gestellt werden und in studentisches Wohnen investiert werden.

Aktuell beträgt die maximale Mietdauer in studentischen Wohnheimen acht Semester. Wir fordern, dass die maximale Dauer an die Regelstudienzeit des ersten Studiengangs angepasst wird.

Hochschulpolitik dient zuerst den Studis

- **Keine sinnlosen Ausgaben:** Wir setzen uns dafür ein, dass Deine Beiträge zur Studierendenschaft auch für Dich und Dein Studium eingesetzt werden. Teure Projekte und Strukturen studentischer Gremien, die nicht im Interesse der Studierenden sind, lehnen wir ab. Die Gelder sollen hauptsächlich Projekte aus der Studierendenschaft

fördern. Mittel für Hochschulpolitik müssen der Hochschule und den Studierenden zugutekommen!

- **Rechtsstaat und Anstand:** Repressionen gegen Menschen, die als Zeuge bei der Polizei aussagen, verurteilen wir scharf. Wer sich in der Hochschule gegen Rechtsstaat und ein anständiges Miteinander stellt, der wird von uns Widerspruch ernten.

In der aktuellen Legislaturperiode ist der Studierendenrat dem „freien Zusammenschluss von Student*innenschaften“ (fzs) beigetreten. Teile dieses Zusammenschlusses wollten den Studierendenrat Halle ausschließen, da (ehemalige) Mitglieder bei der Polizei ausgesagt haben sollen, nachdem sie Opfer von Straftaten wurden. Einem Zusammenschluss, der mindestens in Teilen rechtsstaatliche Institutionen und den Rechtsstaat im Allgemeinen verachtet, wollen wir nicht angehören und keinen Mitgliedsbeitrag von über 15.000 Euro pro Jahr bezahlen, der von uns Studierenden finanziert wird.

Darüber hinaus steht für uns fest, dass Organisationen, die Gesetzesbruch als Mittel des Protests ansehen, an unserer Universität niemals toleriert werden dürfen! In einem demokratischen Rechtsstaat kann und darf man die eigenen Anliegen nicht gegen Recht und Gesetz durchsetzen, egal wie vermeintlich nobel das Anliegen dahinter auch ist.

- **Gegen Extremismus jeder Art:** Für uns ist die Universität ein Ort freier wissenschaftlicher Entfaltung, welche nur ohne den Einfluss von extremen politischen Ideologien existieren kann. Für die LHG ist ausdrücklich klar, dass der Rechtsextremismus das größte und strukturelle Problem unserer Gesellschaft ist. Gleichzeitig steht für uns auch fest, dass ausdrücklich jede Form von Extremismus bekämpft werden muss und aufs Schärfste zu verurteilen ist. Wir fordern alle studentischen Gremien auf, sich von jeder Extremismusform zu distanzieren! Wer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt, hat an unserer Universität keinen Platz!
- **Studentische Druck- und Kopiergeräte müssen erhalten bleiben:** Die Universität hat beschlossen, öffentliche Druck- und Kopiergeräte zu entfernen! Gegen diese Fehlentscheidung gab es Protest sowie eine Petition, die von fast 3000 Menschen unterschrieben worden ist. Wir fordern daher, dass an den großen Standorten der Universität wieder jeweils ein Druck- und Kopiergerät öffentlich zugänglich ist. Zusätzlich fordern wir, dass in allen Studiengängen die digitale Abgabe von Studien- und Prüfungsleistungen ermöglicht wird.

- **Universität ausreichend finanzieren:** Wir als LHG fordern eine ausreichend finanzierte Universität, sodass Studium, Lehre und Forschung auf höchstem Niveau gewährleistet sind.
- **Studentische Beteiligung in universitären Gremien steigern:** Damit eine studentische Stimme im Rektorat vertreten ist und eine bessere Vernetzung zwischen Rektorat und studentischen Gremien gewährleistet ist, setzen wir uns für die Einführung eines studentischen Prorektorats ein. Dadurch können studentische Interessen bei der Hochschulleitung direkt vertreten werden und in Rektoratsentscheidungen mit einfließen.

In den Fakultätsräten und im Senat sind die Studierenden maßlos unterrepräsentiert. Dort werden jedoch wichtige Entscheidungen über Finanzen und Struktur der Uni getroffen, die am meisten Studierende betreffen. Wir fordern daher, dass es einen repräsentativen Anteil an studentischen Vertretern in ebenjenen Gremien geben soll. Das Gleiche fordern wir für wissenschaftliche Mitarbeiter.

- **BAföG Elternunabhängig und zielorientiert:** Wir als LHG fordern ein elternunabhängiges BAföG nach dem Baukastenprinzip. Demnach sollen alle Studierende als Basis eine Grundförderung unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern erhalten. Zusätzlich soll ein Förderungsbetrag diejenigen Studierenden erreichen, die sich neben ihrem Studium gesellschaftlich engagieren oder einem Nebenjob nachgehen. Auf einer weiteren Stufe soll es möglich sein, einen über diese Stufen hinausgehenden Förderbeitrag als Darlehen zu bewilligen. Dieses Darlehen soll nicht schon mit dem Studienabschluss, sondern erst dann zurückgezahlt werden müssen, wenn nach dem Studium ein einkommensgenerierender Beruf ausgeübt wird. Dieses Förderungssystem ermöglicht Studierenden die Wahl, ob sie eine vollfinanzierende Förderung mit einem Darlehensanteil in Anspruch nehmen möchten oder eben nur eine Zuschussförderung ohne Darlehensanteil. Wir fordern, dass sich die Universität und ihre Gremien aktiv dafür einsetzen.